

28000 Wohnungen bis 2019

Staatssekretär Gerhard Eck über die Oberpfälzer Ziele des „Wohnungspakts Bayern“

Regensburg. (ehi) 28000 neue staatlich finanzierte oder geförderte Mietwohnungen sollen bis 2019 in ganz Bayern entstehen. Das ist das Ziel des Maßnahmenpakets „Wohnungspakt Bayern“ der bayerischen Staatsregierung. Der Freistaat stellt dafür rund 2,6 Milliarden Euro bereit. Wie diese Pläne umgesetzt werden sollen, stellte Innen- und Bau-Staatssekretär Gerhard Eck am Montag bei der regionalen Wohnungsbaukonferenz Oberpfalz in Regensburg vor.

Der Bedarf an preisgünstigen Wohnungen steige immens, betonte Eck vor Vertretern von Staat, Kommunen, Verbänden, Kirchen und Investoren im Spiegelsaal der Regierung der Oberpfalz. Allerdings könne der „Wohnungspakt Bayern“ nur mit vereinten Kräften umgesetzt werden.

So bestehe das Maßnahmenpaket aus insgesamt drei verschiedenen Säulen: einem staatlichen Sofortprogramm, einem kommunalen Förderprogramm und dem Ausbau der allgemeinen Wohnraumförderung. Für die Oberpfalz sei das Maßnahmenpaket eine Chance, fuhr der Staatssekretär fort.

„In den vergangenen fünf Jahren wurden hier mit Mitteln des bayerischen Wohnungsbauprogramms in Höhe von 78 Millionen Euro über 1000 Eigentums- und 570 Mietwohnungen sowie 200 Heimplätze für Menschen mit Behinderung gefördert“, erläuterte er.

Zusätzlich seien im Rahmen der Studentenwohnraumförderung in der Oberpfalz durch staatliche Mittel in Höhe von 8,5 Millionen Euro weitere 300 Plätze entstanden. „Dadurch wurde die Wohnungsversorgung der Studierenden in Amberg, Regensburg und Weiden spürbar verbessert.“ Bis 2017 sind in Re-



Gemeinsam mit Friedrich Geiger (l.), Ingrid Simet und Joachim Paas (r.) von der Obersten Baubehörde erläuterte Staatssekretär Gerhard Eck (2. v.r.) den „Wohnungspakt Bayern“.

(Foto: Hinterberger)

gensburg weitere 230 Wohnplätze für Studenten geplant.

Wohnraum für Flüchtlinge

Das Maßnahmenpaket selbst bestehe in seiner ersten Säule aus einem staatlichen Sofortprogramm zum Bau von Wohnraum für anerkannte Flüchtlinge. Für diese 3300 Wohnplätze mit reduziertem Wohn- und Baustandard und einer befristeten Standzeit von circa fünf bis zehn Jahren werde die Staatsregierung 70 Millionen Euro bereitstellen. „Dadurch soll ein schnellstmöglicher Auszug der „Fehlbeleger“, also der bereits anerkannten Flüchtlinge, aus Gemeinschaftsunterkünften erreicht werden“, fuhr Eck fort. Wichtig sei in diesem Zu-

sammenhang allerdings auch, dass mit den Zuwanderern kein Konkurrenzkampf um preisgünstige Wohnungen entstehe.

Die zweite Säule, das kommunale Förderprogramm, richte sich vor allem an Gemeinden, erklärte der Staatssekretär weiter. Mit einem Volumen von 600 Millionen Euro sollen von 2016 bis 2019 jährlich mindestens 1500 Wohnungen gefördert werden. Die dritte Säule des „Wohnungspakts Bayern“ umfasst den Ausbau der staatlichen Wohnraumförderung. Allein für das Jahr 2016 bedeute dies ein Volumen von über 400 Millionen Euro für die Wohnraum- und Studentenwohnraumförderung. Für die allgemeine Förderung von Mietwohnungen sei außerdem ein ergänzender Zu-

schuss von bis zu 200 Euro je Quadratmeter eingeführt worden. „Bei einem Vergabevorbehalt für anerkannte Flüchtlinge kann der Investor sogar einen Zuschuss von bis zu 500 Euro pro Quadratmeter beantragen“, ergänzte Eck.

Darüber hinaus wolle die Staatsregierung auch Investitionshemmnisse abbauen. „Der staatliche, kommunale und geförderte Wohnungsbau kann den Bedarf nicht decken“, betonte Eck. Der Großteil der benötigten Wohnungen müsse deswegen – wie schon in der Vergangenheit – von privaten Investoren und Wohnungsunternehmen gebaut und saniert werden. Es sei deswegen wichtig, auch für diese möglichst günstige Rahmenbedingungen zu schaffen.